

PRESSEMITTEILUNG

Europäische Filmbranche geeint für exklusive Territorialität

Berlin/Brüssel, 02. Mai 2017

Gemeinsam mit 411 Filmunternehmen und Branchenverbänden aus ganz Europa hat die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. (SPIO) einen [offenen Brief](#) an die Führungsriege der Europäischen Union gezeichnet und um politische Unterstützung für den Erhalt des Territorialitätsprinzips geworben. „Unser Ziel ist es, auf oberster politischer Ebene die Notwendigkeit von territorialer Exklusivität für Investitionen in audiovisuelle Inhalte zu verdeutlichen. Nur diese Exklusivität kann den Erhalt und die Vielfalt filmischer Kreativität garantieren“, so Alfred Holighaus, Präsident der SPIO.

Das Territorialitätsprinzip wird aktuell durch einen Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission zur Schaffung eines Digitalen Binnenmarkts gefährdet. Demnach müssten TV-Sender die Online-Rechte eines Films nur noch für ein EU-Mitgliedsland erwerben und könnten die öffentliche Zugänglichkeit, also die Nutzung ihrer Online-Dienste, im gesamten EU-Binnenmarkt ermöglichen. „Wir sprechen uns aus guten Gründen gegen das vorgeschlagene Herkunftslandprinzip und damit gegen die Regelung ‚Buy 1, get 27 on top‘ aus“, bekräftigt Alfred Holighaus. „Zum einen führt eine solche Wettbewerbsverzerrung zu negativen Konsequenzen in den Herstellungs- und Refinanzierungsbedingungen von unabhängigen Filmproduktionen. Zum anderen bekommen solche Lücken in der Filmfinanzierung auch die europäischen Verbraucher unmittelbar zu spüren, und zwar wenn durch ein sinkendes Angebot immer weniger lokale Inhalte zu einem höheren Preis gezeigt werden.“ Aus Deutschland unterstützen alle wichtigen Verbände der Filmwirtschaft, namenhafte Produzentenpersönlichkeiten sowie die Akademien der Film- und Fernsehschaffenden die europäische Initiative und fordern in diesem Anschreiben das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union dazu auf, diese Regelung zu verwerfen: „Wir möchten dringend abraten, Maßnahmen zu ergreifen, welche die kulturelle Vielfalt, das Wachstum und die nachhaltigen Arbeitsplätze für kreative Talente und Fachkräfte sowie künftige Investitionen in die europäische audiovisuelle Branche bedrohen.“

Auf nationaler Ebene haben sich bereits verschiedene Mitgliedsländer – insbesondere Frankreich und Spanien – auf die Seite ihrer jeweiligen Filmbranche geschlagen und gegen den Verordnungsvorschlag gestimmt. Auch der deutsche Bundesrat hat in seiner Stellungnahme vom 16. Dezember 2016 gegenüber der Kommission angezweifelt, dass die Interessen der Rechteinhaber ausreichend berücksichtigt würden. „Jetzt muss sich endlich die Bundesregierung auf unserer Seite positionieren und ein deutliches Signal nach Europa aussenden“, fordert Holighaus.

Den offenen Brief der europäischen Filmwirtschaft können Sie hier einsehen:

<https://www.spio.de/calltoaction>

Geschäftsstelle

Murnaustraße 6
65189 Wiesbaden

Fon 0611-778 91-0

Fax 0611-778 91-79

spio@spio-fsk.de

www.spio.de

Büro Berlin

Oranienburger Straße 17
10178 Berlin

Fon 030-257 944-50

Fax 030-257 944-51

spio-berlin@spio.de

Präsident

Alfred Holighaus

Geschäftsführung

Christiane von Wahlert

Helmut Poßmann

AG Wiesbaden VR 1459

Die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. (SPIO) vertritt die Interessen der deutschen Film-, Fernseh- und Videowirtschaft in den Sparten Filmproduktion, Filmverleih, Filmtheater, Videoprogramm und Fernsehen. Als Dachverband von derzeit 18 Berufsverbänden repräsentiert sie mehr als 1.100 Mitgliedsfirmen und eine Vielzahl von Einzelpersonen der Filmwirtschaft. Ziel der SPIO ist es, den deutschen Film in seiner Vielfalt, Qualität und internationalen Wahrnehmung zu stärken und seine Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschafts- und Kulturgut zu sichern. www.spio.de

Kontakt für Presseanfragen

Carolin Lindenmaier

Politische Referentin

Telefon: 030/24630052, E-Mail: lindenmaier@spio.de